

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.

Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigentheil: Eduard Steinhilber, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 15, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder bez. Raum 1 Mk. Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Hg. Versammlungsanzeigen 30 Hg.

Mit vereinter Kraft!

Bohl jeder kennt noch aus seiner Schulzeit her die Fabel von dem Vater, der seinen Söhnen an der Hand eines Bündels Stäbe den Wert des Zusammenhalts vor Augen führt. Den einzelnen Stab kann man mit leichter Mühe zerbrechen, zu einem Bündel verschürt, kann auch eine große Kraft ihnen nichts anhaben. Trotzdem diese Fabel allgemein bekannt ist, gibt es doch noch viele Arbeiter, die es verschmähen, die Nutzenwendung daraus zu ziehen.

Im Leben vorwärtskommen will jeder. Jeder will sich sein Leben so schön als möglich gestalten. Das Ziel seiner Wünsche zu erreichen, ist nur ganz wenigen Glücklichen beschieden, aber jeder hofft „auf bessere künftige Tage“. Schwache Charaktere, die durch Unglück müde gemacht sind, legen wohl verzweifelt die Hände in den Schoß, bescheiden sich mit den Eröstungen ihrer Religion und warten geduldig auf die Vorlesung, die ihre Geschiede zum Besten lenken soll. Der jugendliche Mensch hält es mit dem Sprichwort: „Jeder ist seines Glückes Schmied.“ Er nimmt den Kampf mit dem widrigen Geschick entschlossen auf. In diesem Kampf stählt sich seine Kraft, und er bleibt bis ins hohe Alter hinein jugendfrisch. Das ist das Idealbild des Menschen. Kraftlos vorwärtsstreben! Kein Mißgeschick darf uns von der Verfolgung des als richtig erkannten Weges abwendig, kein Fehlschlag darf uns nutzlos machen. So kommen auch die Arbeiter mit vereinter Kraft vorwärts.

Mit vereinter Kraft! Der einzelne wird im Wohlstrom des Lebens zermürbt; im Zusammenschluß mit seinen Kameraden, mit seinen gleichstrebenden Schicksalsgenossen wird auch der Schwache stark. In gemeinsamer Arbeit lassen sich riesengroße Aufgaben bewältigen, die auch eine Menge von Menschen nie zustande bringt, wenn jeder von ihnen die Lösung auf eigene Faust unternehmen wollte. „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ist in jüngster Zeit zu einem viel zitierten Schlagwort geworden, nachdem es an hervorragender Stelle als Wahlspruch verkündet wurde. Es ist ein bestechendes Wort, uns richtig verstanden, kann man ihm wohl zustimmen. Die Natur verteilt ihre Gaben nicht gleichmäßig, die Anlagen der Menschen sind sehr verschiedenartig. Der Fortschritt der Menschheit würde mächtig gefördert, wenn jeder an die richtige Stelle käme.

Wir leben aber in der kapitalistischen Welt. Nicht Anlage und Begabung sind entscheidend für das Lebensschicksal des einzelnen, sondern in erster Linie der Geldbeutel. Der Reiche kann seinem Nachwuchs eine Erziehung angeeignet lassen, die ihm die Anwartschaft gibt auf die leitenden Staatsstellungen und auf die Führerschaft im Wirtschaftsleben. Der Besitz von Kapital ist der Zauberstab, der alle Tore öffnet. Dazu kommen die bei uns in Deutschland noch sehr mächtigen Reste eines überlebten Feudalismus, der gewissen bevorrechteten Familien eine Sonderstellung einräumt, über deren Wahrung ihre Angehörigen auf das sorgsamste wachen. Weisheit und Fähigkeit sind aber Eigenschaften, die nicht ohne weiteres erblich sind; so kommt es, daß die Geschicke des Staates nicht selten unfähigen Händen anvertraut werden, während hervorragende Anlagen verkümmern, weil die Armut ihrer Träger sie von der Ausbildung ausschließt.

Das Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ hätte einen Sinn, wenn darunter verstanden würde die Abschaffung aller Vorrechte der Geburt und des Vermögens. Aber daran denkt man natürlich nicht. Man wird sich, wenn es hoch kommt, darauf beschränken, einzelnen besonders begabten Kindern armer Eltern eine bessere Schulung zu ermöglichen. Auch das wäre schon ein Gewinn, den wir nicht gering veranschlagen wollen, aber an dem Geschick der breiten Masse des Volkes wird dadurch nichts geändert. Nach wie vor wird die Arbeiterklasse gedrückt und gedemütigt sein, nach wie vor werden wir den Kampf um ein ausreichendes Stück Brot führen müssen.

Diesen Kampf um günstige Arbeitsbedingungen zu führen, ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die Angehörigen des gleichen Berufs müssen zusammenhalten, das gleiche Band muß sie umschließen, nach einheitlichem Plan müssen sie auf das gesteckte Ziel zusteuern. Auch innerhalb der Gewerkschaft hat der Tüchtige freie Bahn. Der Kampf der Gewerkschaften hat zum Ziel, für die Berufsangehörigen günstige Arbeitsbedingungen zu schaffen; möglichst kurze Arbeitszeit und möglichst hohen Lohn. Was die Gewerkschaft erringt und festlegt, gilt als Mindestmaß für die Masse der Kollegen, es hindert die hervorragend Begabten nicht, entsprechend ihren höheren Leistungen auch höhere Entlohnung zu fordern. Je günstiger die wirtschaftliche Lage der Masse, desto besser ist die Stellung derer, die über sie hinausragen.

Diesen im Beruf hervorragend Tüchtigen braucht man aber die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses nicht erst zu predigen. In der Regel sind sie auch die geistigen Regeneren, die wohl erkennen haben, wie nützlich die Organisation ist, und die deshalb auch im Verband ihren Mann stehen. Aber groß ist die Zahl derer, die gleichgültig

durch die Welt gehen und sich um die Bestrebungen ihrer Arbeitskammeraden nicht kümmern. Sie genießen die Früchte der Arbeit der Organisation, aber sie machen sich keine Gedanken darüber; sie nehmen sie als etwas Selbstverständliches hin. Bei diesen Launen und Gleichgültigen muß unsere Werbearbeit einsehen; sie müssen vor allem zum Nachdenken angeregt werden.

Gewiß, auch ohne gewerkschaftliche Organisation wären die Löhne nicht auf dem niedrigen Stand stehengeblieben, den sie vor Jahrzehnten hatten. Aber ohne die kräftige und zielbewusste Arbeit unseres Verbandes wäre der Aufstieg sehr viel langsamer vonstatten gegangen. Gar nicht zu reden von der Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die sich die Unternehmer stets mit Händen und Füßen gestäubt haben. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ausschließlich das Werk des Verbandes. Die Verkürzung der Arbeitszeit macht uns erst aus dem Arbeitstier zum Menschen. Sie läßt uns Zeit zur Erholung, sie ermöglicht es uns, unser Interesse auch anderen Dingen zuzuwenden, die außerhalb des engen Bereichs der Werkstatt liegen. Kurze Arbeitszeit gestattet uns, das Leben zu genießen, sie weckt unser Verlangen nach Teilnahme an dem Genuß höherer Kulturgüter. Diese von den Besitzenden so arg verlastete Begehrlichkeit ist der wahre Hebel des Fortschritts.

Die Gewerkschaften sind die wahren Kulturkämpfer. Durch die Gewerkschaften wird die Arbeiterklasse aus dem Staub emporgetragen, in den man sie jahrhundertlang getreten. Die Gewerkschaften im allgemeinen und unser Deutscher Holzarbeiter-Verband im besonderen haben bisher schon mit unzulänglichen Mitteln Großes vollbracht, wieviel mehr würden wir leisten können, wenn sich alle Berufsangehörigen an unserer Arbeit beteiligen würden. Noch sind wir nicht das zusammengeschürzte Bündel von Stäben aus der Fabel; noch stehen so viele abseits, die zu uns gehören. Ihre Gleichgültigkeit lähmt unsere Kraft und hindert zugleich die Abseitsstehenden am Vorwärtsschreiten. Die Unorganisierten in den Verbänden! Mit vereinter Kraft wollen wir alle an der Verbesserung unseres Loses arbeiten. Wir haben die Macht, unser Geschick zu bestimmen und unsern Wünschen Geltung zu verschaffen, wenn wir einig sind!

Die Unfallversicherung im Jahre 1916.

In den Nachweisungen über die Rechnungsergebnisse der Träger der Unfallversicherung für das Jahr 1916, die das Reichsversicherungsamt kürzlich veröffentlicht hat, fällt die starke Steigerung der Zahl der Unfälle auf. Im Bereich der gesamten Unfallversicherung wurden im Jahre 1916 606 056 Unfälle gemeldet gegen 592 504 im Jahre 1915. Viel kleiner ist die Zahl der entschädigten Unfälle, denn die Unfallversicherung tritt bekanntlich nur für die Folgen der schweren Unfälle ein, deren Heilung mehr als 13 Wochen in Anspruch nimmt. Ueber die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in den letzten vier Jahren unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

Jahr	Gemeldete Unfälle	Entschädigte Unfälle	Folgen der Unfälle		Die Getöteten haben hinterlassen		
			Tod	dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit	Witwen	Kinder	Verwandte ansehnlicher Linie
1913	789373	139633	10293	868	6503	13699	406
1914	704973	124086	9401	793	6104	12473	376
1915	592504	96227	8969	644	5808	11122	328
1916	606056	103184	9951	681	6338	11606	411

Diese Zahlen sind also im Jahre 1916 durchweg beträchtlich höher als im Jahre 1915. Für sich allein belegen sie jedoch wenig; ihre Bedeutung erhalten sie erst durch den Vergleich mit der Zahl der versicherten Personen. Für den gesamten Bereich der Unfallversicherung lassen sich leider solche Vergleiche nicht ziehen, da in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung eine Zählung der Versicherten nicht stattfindet. Hier rechnet man ununterbrochen mit der durch Schätzung auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik gewonnenen Zahl von 17 403 000 Versicherten. Bei den 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften werden die Versicherten regelmäßig gezählt. Vor dem Kriege, im Jahre 1913, betrug die Zahl der versicherten Personen 10 630 437; sie ging im Jahre 1914 auf 9 451 618 und im Jahre 1915 weiter auf 7 547 338 zurück. Der im Jahre 1916 eingetretene Rückgang auf 7 442 518 ist verhältnismäßig gering. Betrachtet man die Zahl der Vollarbeiter, die gewonnen wird, indem man die Zahl der geleisteten Arbeitsstage durch 300 dividiert, dann ist sogar eine Steigerung eingetreten von 6 692 104 im Jahre 1915 auf 6 702 518 im Jahre 1916. Außer den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften kommen als Träger der Unfallversicherung noch die Reichs-, Staats- und gemeindlichen Ausführungsbehörden mit 1 231 052 (1915: 1 194 243) versicherten Personen oder 1 035 583 (973 660) Vollarbeitern in Betracht. Die Zunahme der Vollarbeiter,

bei gleichzeitiger Verminderung der Zahl der versicherten Personen, die bei den Ausführungsbehörden wie bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften festgestellt wird, deutet darauf hin, daß im Jahre 1916 intensiver gearbeitet wurde als im Vorjahr.

Betrachtet man die gewerblichen Berufsgenossenschaften allein, dann ergibt sich, daß die Zahl der Unfallmeldungen von 427 994 im Jahre 1915 auf 439 485 im Jahre 1916 gestiegen ist. Auf je 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1915 63,96, im Jahre 1916 65,57 Unfallmeldungen. Die Zahl der entschädigten Unfälle stieg von 50 119 im Jahre 1915 auf 55 538 im Jahre 1916 oder von 7,49 auf 8,29 auf je 1000 Vollarbeiter. Sehr beträchtlich ist auch die absolute und relative Steigerung der Zahl der tödlichen Unfälle. Im Jahre 1915 wurden 5593 Arbeiter durch Unfall getötet oder 0,84 auf je 1000 Vollarbeiter; eine Zahl, welche die aller vorausgegangenen Jahre stark übertrifft. Das Jahr 1916 hat aber noch eine weitere Steigerung der Zahl der Todesopfer gebracht; es wurden 6426 Arbeiter getötet oder 0,96 auf je 1000 Vollarbeiter.

Es ist bekannt, daß die Zahl der in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter während des Krieges eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Aus den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften ist das nicht ohne weiteres ersichtlich, da hier die Arbeiter nicht nach Alter und Geschlecht geschieden sind; dagegen spricht die Zunahme der verletzten Frauen und jugendlichen Arbeiter eine sehr berechtigte Sprache. Die erstmalig entschädigten Unfälle verteilten sich in den letzten vier Jahren folgendermaßen:

Jahr	Erwachsene		Jugendliche unter 16 Jahren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1913	69 180	2 947	2 550	301
1914	61 315	2 727	2 265	273
1915	44 127	3 098	2 663	231
1916	45 717	5 930	3 512	379

Das Jahr 1916 hat eine solche erschreckende Steigerung der Zahl der verletzten Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter gebracht, daß das Verlangen nach erhöhtem Schutz unabweisbar wird. Weibliche und jugendliche Arbeiter werden vielfach bei ungeeigneten und gefährlichen Berichtigungen beschäftigt, und dabei wird der Unfallschutz noch viel mehr vernachlässigt, als das schon im Frieden der Fall war. Außerst mangelhaft ist auch die Ueberwachung der Betriebe, da ein erheblicher Teil der technischen Aufsichtsbeamten zum Heeresdienst einberufen ist. Bei vielen Berufsgenossenschaften liegt die Betriebsaufsicht im Bruch. Die Unfallgefahr wird gesteigert durch die lange Arbeitszeit, zu der auch viele weibliche und jugendliche Arbeiter herangezogen werden. In neuerer Zeit hat der Reichskanzler die zuständigen Landesbehörden ermahnt, in der Bewilligung von Ausnahmen von der gesetzlichen Arbeitszeitbeschränkung größere Zurückhaltung zu üben. Es wäre dringend nötig, die gesetzlichen Bestimmungen wieder uneingeschränkt in Kraft zu setzen, zumal der Schutz, den die Gewerbeordnung den Arbeiterinnen und den jugendlichen Arbeitern gewährt, nur sehr bescheidenen Anforderungen genügt.

Ueber die Löhne der Arbeiter begegnet man in der Deffentlichkeit oft recht phantastischen Angaben. Da werden hohe Löhne, die in Ausnahmefällen erzielt werden, verallgemeinert, und man sucht es so darzustellen, als verdienten die Arbeiter allgemein ganz fabelhafte Löhne. Die Nachweisungen der Berufsgenossenschaften sind geeignet, diese Behauptungen auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Im Jahre 1916 betragen die tatsächlich verdienten Löhne auf den Kopf des Vollarbeiters berechnet 1401 Mk. Zum Vergleich sei bemerkt, daß der in gleicher Weise berechnete Jahresdurchschnittslohn betragen hat: im Jahre 1913 1215 Mk., im Jahre 1914 1197 Mk. und 1915 1260 Mk. Eine Lohnsteigerung ist also tatsächlich eingetreten, sie beträgt gegenüber dem Jahre 1915 11,2 Prozent, gegenüber der Zeit vor dem Kriege 15,3 Prozent. Wenn auch berücksichtigt wird, daß die Zusammenfassung der Arbeiterschaft hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine Verschlechterung erfahren hat, so muß doch die seitler eingetretene Lohnsteigerung als sehr bescheiden bezeichnet werden. Nicht man die im Jahre 1915 eingetretene Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in Betracht, dann wird man die durchschnittliche Lohnsteigerung um 11,2 Prozent als völlig ungenügend bezeichnen müssen. Nach den Angaben der Berufsgenossenschaften beträgt der durchschnittliche Tagesverdienst eines Industriearbeiters 4,67 Mk. Diese Tatsache muß man denen entgegenhalten, die das Märchen von den hohen Arbeiterlöhnen verbreiten.

Wie es mit den Löhnen in der Holzindustrie bestellt ist, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung für die Berufsgenossenschaften, die für die Holzindustrie hauptsächlich in Betracht kommen:

Berufsgenossenschaft	Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst eines Vollarbeiters			
	1913	1914	1915	1916
Sächsische Holzberufsgenossenschaft	1069	1053	1012	1097
Norddeutsche	1098	1095	1117	1230
Bayer. Holzind.-Berufsgenossenschaft	1065	1094	1088	1126
Südwestliche Holzberufsgenossenschaft	1101	1125	1092	1173
B.-G. der Musikinstrumentenindustrie	1859	1850	1273	1464

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß nur in der Musikinstrumentenindustrie der Durchschnittsverdienst etwas höher ist als der Durchschnitt aller Industriezweige. In den vier Berufsgenossenschaften der Holzindustrie bleibt der Verdienst hinter dem Durchschnitt zurück und auch die im Jahre 1916 eingetretene Lohnsteigerung erreicht bei weitem nicht das Durchschnittsmaß.

Anders ist es mit der Unfallhäufigkeit. Die Zahl der schweren Unfälle, bei welchen die Verletzten entschädigt werden mußten, übersteigt bei den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie den Gesamtdurchschnitt ganz beträchtlich, wie sich aus der folgenden Zusammenstellung ergibt:

Berufsgenossenschaft	Entschädigte Unfälle auf 1000 Vollarbeiter			
	1913	1914	1915	1916
Sächsische Holzberufsgenossenschaft	9,38	9,24	9,72	10,45
Norddeutsche	9,00	10,06	10,06	10,85
Bayer. Holzind.-Berufsgenossenschaft	11,30	12,78	11,50	13,79
Südwestliche Holzberufsgenossenschaft	12,19	15,64	15,19	14,67
B.-G. der Musikinstrumentenindustrie	5,33	7,22	6,89	6,44
Durchschnitt der gewerblichen Berufsgenossenschaften	7,91	8,05	7,49	8,20

Auch in dieser Zusammenstellung nimmt die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie eine Sonderstellung ein, insofern, als bei ihr die Unfallhäufigkeit unter dem Durchschnitt bleibt und im Jahre 1916 sogar noch eine geringe Besserung eintrat. Trotzdem war auch bei ihr die Zahl der Unfälle verhältnismäßig höher als vor dem Kriege. Für die Beurteilung der Unfallhäufigkeit kommt übrigens, worauf hier hingewiesen sei, auch das Verhältnis zwischen der Zahl der besonders gefährdeten und der Gesamtzahl der Arbeiter in Betracht. In der Holzindustrie sind die Arbeiter an den Maschinen besonders gefährdet, wenn auch bei anderen Verrichtungen Unfälle vorkommen. In den versicherungspflichtigen Betrieben sind alle beschäftigten Arbeiter gegen Unfall versichert. Könnte man die einzelnen Arbeiterkategorien trennen, dann würde sich für die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen eine weit größere Unfallhäufigkeit ergeben. Von insgesamt 2867 entschädigten Unfällen bei den fünf hier in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften kommen 1650 auf Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen.

Die starke Zunahme der Unfallhäufigkeit der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter, die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften überhaupt festzustellen ist, zeigt sich auch in sehr ausgeprägtem Maße bei den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie. Von den 2867 entschädigungspflichtigen Unfällen bei den fünf genannten Berufsgenossenschaften wurden betroffen: 2517 (im Jahre 1915 2441) erwachsene Männer, 157 (54) erwachsene Frauen, 184 (150) männliche und 9 (4) weibliche Jugendliche unter 16 Jahren. Diese starke Zunahme der Unfälle, von denen weibliche und jugendliche Holzarbeiter betroffen wurden, ist ein starkes Argument in unserem Kampf gegen die Beschäftigung ungeeigneter und ungeübter Personen an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen.

Aufgabe der Berufsgenossenschaften ist es, die Unfälle nach Möglichkeit zu verhüten und die Verletzten zu entschädigen. Hinter dieser letzteren Aufgabe tritt aber die Unfallversicherung stark zurück. Die gewerblichen und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben zusammen im Jahre 1915 207 849 018 (1914: 197 420 740) Mark ausgegeben, wovon auf die Kosten der Unfallversicherung nur 1 833 887 (1 856 565) M. entfallen. Der Hauptteil der Ausgaben entfällt auf Entschädigungen, wofür 160 675 200 (1915: 156 816 452) M. aufgewendet wurden. Rechnet man noch die Entschädigungen hinzu, die von den sonstigen Trägern der Unfallversicherung gezahlt wurden, dann ergibt man als Gesamtausgabe an Entschädigung auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung die stattliche Summe von 177 862 883 M. im Jahre 1916. Dieser Mißverhältnis erscheint aber gar nicht mehr so gewaltig, wenn man die Höhe der Empfänger mit in Betracht zieht. Im Jahre 1915 betrug die durchschnittliche Entschädigung für jeden Unfall bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 233,6 M., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gar nur 84,93 M. Der Arbeiter, der in die Lage kommt, die Höhe der Unfallversicherung in Anspruch zu nehmen, ist in jedem Fall geschädigt. Jeder Arbeiter muß danach streben, daß die Betriebsrichtungen soweit als irgend möglich gegen Unfallgefahr geschützt werden. Bei aller Anerkennung der Unfallversicherung ist doch jeder zu bedauern, der in die Lage kommt, diese Fürsorge in Anspruch nehmen zu müssen.

Soziales.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten und die Geburtenverhinderung.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten wird jetzt von den öffentlichen Gewalten mit großer Energie geführt. Dabei handelt es sich nicht nur um die Verhütung dieser verheerenden Krankheiten, sondern auch um die Bekämpfung derselben, in noch höherem Maße denn bisher. Die Rücksicht auf das Bedürfnis zur Verhinderung der Bevölkerung in Betracht. Der Krieg hat unsere Vorkämpfer schwere Wunden geschlagen. Riesen-

groß ist die Zahl der Gefallenen; bei der Feststellung des Menschenverlustes bilden aber die in den Kämpfen getöteten nur einen Bruchteil. Zu berücksichtigen ist die vermehrte Sterblichkeit in der Heimat und die zurückgegangene Zahl der Geburten. Es ist zu befürchten, daß die Verminderung der Geburten auch nach dem Kriege noch lange anhalten wird. Der starke Verlust von Männern im zungunfähigen Alter muß notwendig zu einer Verminderung der Eheschließungen führen. Unter den Kriegsgeschädigten werden nicht wenige sein, die infolge des erlittenen körperlichen Schadens oder auch wegen der Einbuße an Erwerbsfähigkeit auf die Ehe verzichten müssen. Summiert man den direkten Menschenverlust durch den Krieg und den Ausfall durch die verringerte Geburtenzahl, dann ergeben sich ganz ungeheure Zahlen. Das Interesse unserer Volkswirtschaft verlangt, daß alle Mittel angewendet werden, um den erlittenen Menschenverlust wieder auszugleichen. Diesem Zweck dienen die beiden kürzlich dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwürfe, von denen der eine den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten zum Gegenstand hat, der andere der Verhinderung der Geburten entgegengetreten will. Beide Gesetzentwürfe sind dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen worden.

Bei den Geschlechtskrankheiten handelt es sich um eine schwere Geißel der Menschheit, von deren Verbreitung man sich nur schwer ein zutreffendes Bild machen kann. Gute Kenner der Materie schätzen, daß sich in Berlin jährlich rund 7 Prozent aller Männer von 15 bis 50 Jahren mit einer Geschlechtskrankheit anstecken. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Großstädten, und auch das flache Land ist keineswegs frei von Geschlechtskrankheiten. Deren Ausbreitung ist durch den Krieg stark begünstigt worden. Im Felde haben nicht nur junge unverheiratete Männer, sondern auch Familienväter in reiferem Alter außerordentlichen Geschlechtsverkehr gesucht, und mancher hat sich dabei eine Ansteckung zugezogen. Der mächtige Naturtrieb ist eben stärker als alle moralischen Erwägungen, und deshalb soll man sich auch nicht über die Kriegerfrau entrüsten, die im gegebenen Fall ähnlich handelte. Bei diesen Dingen ist mit Moralpredigten nichts anzufangen. Ist eine Erkrankung eingetreten, dann muß, wie bei jeder anderen Krankheit, Bedacht darauf genommen werden, sie zu heilen. Da die Geschlechtskrankheiten in hohem Maße ansteckend sind, muß im Kampfe gegen sie auf die Verhinderung der Weiterverbreitung das allergrößte Gewicht gelegt werden. Die Rücksicht auf die Bevölkerungspolitik fordert das um so mehr, als der Verlust der Fortpflanzungsfähigkeit eine häufige Folge der Geschlechtskrankheiten ist. Zum mindesten liegt die Gefahr vor, daß eine wenig widerstandsfähige Nachkommenschaft in die Welt gesetzt wird.

In erster Linie, um zu verhüten, daß die Geschlechtskrankheiten aus dem Heere in die bürgerliche Welt übertragen werden, sind die von den Trägern der Invaliderversicherung ins Leben gerufenen Beratungsstellen errichtet worden, denen die aus dem Heere entlassenen Geschlechtskranken überwiesen werden. Dieser Rahmen ist aber bald weiter gefaßt worden, so daß diese Beratungsstellen jetzt jedermann zur Verfügung stehen. Sie stehen den Kranken in verschwiegener Weise mit Rat und Tat zur Seite, und die wachsende Inanspruchnahme der Beratungsstellen beweist, daß sie ein gutes Mittel im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten sind.

Unter etwas anderem Gesichtspunkt will der neue Gesetzentwurf den Geschlechtskrankheiten zu Leibe. Er bedroht mit schwerer Gefängnisstrafe denjenigen, der den Geschlechtsverkehr ausübt, obwohl er weiß, daß er geschlechtskrank ist. Eine große Gefahr ist das Kurpfuschertum; der Gesetzentwurf will deshalb allen Nichtärzten die gewerbsmäßige Behandlung von Geschlechtskranken verbieten. Sie dürfen sich nicht, auch nicht in verkleideter Form, zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten erziehen. Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben, sollen einer fortlaufenden, soweit angängig, freiwilligen ärztlichen Ueberwachung zugeführt werden. Sie können aber auch zwangsweise untersucht und im Erkrankungsfall zwangsweise einer Heilbehandlung zugeführt werden. Dem Schutz der Prostituierten vor übermäßiger Ausbeutung soll die bei dieser Gelegenheit geplante Abschaffung des Kuppelagenten dienen. Schließlich sieht der Gesetzentwurf noch Bestimmungen vor, welche die Uebertragung von Geschlechtskrankheiten von Müttern auf Säuglinge verhüten sollen.

Der Gesetzentwurf gegen die Verhinderung von Geburten verbietet das gewerbsmäßige Herstellen und Inverkehrbringen von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis und zur Befestigung der Schwangerschaft. Solche Mittel, Gegenstände oder Verfahren dürfen weder öffentlich angeündigt noch ausgestellt werden. Das öffentliche Andichten eigener oder fremder Dienste zur Vornahme oder Förderung der Befestigung der Schwangerschaft wird mit schweren Strafen bedroht, und ebenso soll schweren Strafen unterliegen, wer gewerbsmäßig Mittel, Gegenstände oder Verfahren zur Verhütung der Empfängnis bei anderen Personen anwendet oder seine eigenen oder fremde Dienste hierfür anbietet.

Zum Teil sind das sehr einschneidende Bestimmungen, über deren Zweckmäßigkeit man in einzelnen geteilter Meinung sein kann. Die Tendenz dieser Gesetzgebung wird man aber gut heißen müssen. In der Reichstagskommission besteht anscheinend sogar die Neigung, einzelne Bestimmungen der Vorlage noch zu verschärfen. So hat sie z. B. einen Behandlungszwang für Geschlechtskranke beschlossen dergestalt, daß derjenige bestraft wird, der unterläßt, sich von einem staatlich geprüften Arzt behandeln zu lassen, obwohl er weiß, daß er geschlechtskrank ist.

Ueber die Notwendigkeit, die Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen und die Geburtenhäufigkeit zu fördern, kann ein Zweifel nicht bestehen. Aber ebensowenig darüber, daß diese Mittel nicht genügen, um den angestrebten Zweck zu erreichen. Eine vernünftige Bevölkerungspolitik muß daneben den größten Wert auf einen weitgehenden Schutz der ar-

beitenden Frau legen. Ihre Arbeitszeit muß beschränkt, von anstrengenden und gefährlichen Arbeiten muß sie ferngehalten werden; sie muß die Möglichkeit besitzen, sich auch ihren Kindern widmen zu können. Zur Bevölkerungspolitik gehört auch ein ausreichender Schutz der jugendlichen Arbeiter vor übertriebener Ausbeutung. Auf diese Seiten der Bevölkerungspolitik muß um so nachdrücklicher hingewiesen werden, als große Neigung besteht, die Forderung des Arbeiterschutzes zurückzustellen hinter das Bedürfnis, die nationale Produktion zu steigern.

Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges.

Durch eine Bundesratsbekanntmachung vom 22. November 1917 ist der für die Bemessung der Krankenunterstützung wichtige Höchstfuß des Grundlohns von 5 und 6 M auf 8 und 10 M. erhöht worden. Dadurch ist den Krankenkassen die Möglichkeit gegeben, die Sätze der Krankenunterstützung zu erhöhen. Um die hierzu erforderlichen Satzungsänderungen möglichst schnell in Kraft setzen zu können, bestimmt eine neue Bundesratsverordnung, daß diese Aenderung vom Vorstand der Kasse allein vorgenommen werden kann und nur der Zustimmung durch das Oberversicherungsamt bedarf. Um Papier zu sparen, bestimmt die neue Verordnung weiter, daß den Kassenmitgliedern ein Abdruck der Satzungsänderung nur auf ausdrücklichen Antrag zugewiesen wird, doch muß ihnen gestattet werden, die Satzung und ihre Aenderung in den Geschäftsräumen der Kasse einzusehen.

Die neue Bestimmung bezüglich der Wochenhilfe, welche die gleiche Bundesratsbekanntmachung enthält, kommt für gewerbliche Arbeiterinnen kaum in Betracht. Nach § 420 der Reichsversicherungsordnung kann ein Arbeitgeber eine Ermäßigung der Rassenbeiträge unter Wegfall des Krankengeldes für die Versicherten verlangen, wenn der Arbeitsvertrag auf ein Jahr abgeschlossen ist und der Versicherte im Krankheitsfall Anspruch auf Fürsorge hat. Hierzu wird nun bestimmt, daß derart versicherte Mitglieder doch Anspruch auf die Reichswochenhilfe haben. Tritt der Fall ein, daß diese Wochenhilfe gewährt werden muß, dann braucht der Arbeitgeber der Kasse dafür nichts zu erlassen. Dagegen ist der Rassenvorstand berechtigt, mit Zustimmung des Versicherungsamts die ermäßigten Rassenbeiträge entsprechend den durch die Gewährung von Wochenhilfe gesteigerten Ausgaben zu erhöhen. Einer Satzungsänderung bedarf es dazu nicht.

Internationaler Arbeiterschutz.

Der Wunsch, daß in die künftigen Friedensverträge bestimmte Abmachungen aufgenommen werden, welche die vertragsschließenden Länder verpflichten, ein Mindestmaß von Arbeiterschutz gesetzlich einzuführen, ist bei den Arbeitern aller Länder vorhanden. Eine Verständigung über die zu erhebenden Forderungen herbeizuführen, war einer der wichtigsten Aufgaben der auf den Juni vorigen Jahres nach Stockholm berufenen Gewerkschaftskonferenz. Diese Konferenz ist bekanntlich nicht zustande gekommen; sie blieb ebenso wie die alsdann auf den 1. Oktober 1917 nach Bern berufene, eine Kumpfkonzferenz, weil ihr die Gewerkschaften der Entente-Länder, teils freiwillig, teils von ihren Regierungen gezwungen, fernblieben. Beide Konferenzen erklärten sich aber für die Aufnahme von Arbeiterschutzbestimmungen in die Friedensverträge. Im gleichen Sinne hatte sich auch vorher die im Juli 1918 zu Leeds abgehaltene Konferenz der Vertreter der Gewerkschaften der Entente-Länder ausgesprochen.

Bei den Friedensverhandlungen im Osten sind diese Wünsche unberücksichtigt geblieben. Es ist bemerkenswert, daß die Vertreter der bolschewistischen Regierung in Petersburg, die doch die Beauftragten der russischen Arbeiterärzte sind, dahingelende Forderungen nicht aufgestellt haben. Um zu verhüten, daß auch bei den künftigen Friedensverhandlungen die Verständigung über den internationalen Arbeiterschutz unter den Tisch fällt, hat die sozialdemokratische Fraktion im Hauptausschuß des Reichstages die folgende Entschließung eingebracht:

Den Reichstanzler zu ersuchen, bei dem Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zwischen den vertragsschließenden Staaten herbeigeführt werden und für die Ausgestaltung eines internationalen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung die Grundlage einer weiteren Entwicklung geschaffen wird.

Nachdem sich der Vertreter der Regierung mit dieser Resolution einverstanden erklärt hatte, wurde sie vom Ausschuss einstimmig angenommen, und auch das Plenum des Reichstages hat ihr nachher zugestimmt. Dadurch ist die Reichsregierung in gewisser Hinsicht gebunden, und man darf erwarten, daß die Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung bei den künftigen Friedensverhandlungen nicht wieder vergessen werden.

Das Arbeitskammergesetz.

Von dem Entwurf eines Arbeitskammergesetzes, den die Regierung, wie bereits angekündigt, demnächst dem Reichstag vorlegen wird, berichtet die offenbar gut unterrichtete „Soziale Praxis“, daß er die berufliche Gliederung der Kammern vorsehen wird, während von den Gewerkschaften die territoriale Gliederung gefordert wird. Da die Organisationen, die die Eingabe mit dem Entwurf zu einem Arbeitskammergesetz unterschrieben haben, auf ihrer Auffassung beharren, droht in dieser Hinsicht eine gefährliche Klippe. Die „Soziale Praxis“ hält die berufliche Gliederung für richtiger, tritt aber dennoch entschieden dafür ein, daß die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt werden, da es für recht bedenklich erscheint, die Arbeitskammern in einem wesentlichen Punkte gegen die Wünsche der nächstbeteiligten zu gestalten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 15. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Im Postschekverkehr sind durch Gesetzesänderung vom 1. April an wichtige Änderungen eingetreten. Die Zahlstellenlasterer bitten wir, zu beachten, daß nunmehr Geldsendungen auf Zahlkarten portofrei sind. Das Porto beträgt für Sendungen bis 25 Mk. 5 Pf., für Sendungen über 25 Mk. 10 Pf. Einzahlungen auf Postanweisungen müssen in der seitherigen Weise frankiert werden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

48810 Georg Meck, Eschl., geb. 8. 11. 58 in Kronberg. 268694 Wilh. Schternkamp, Birktenarb., 2. 9. 63 zu Herford. 695807 Heinr. Eber, Eschl., geb. 7. 7. 97 in Achdorf.

Im Monat März gingen von nachverzeichneten Zahlstellen folgende Beträge ein:

Gau Danzig: Danzig 250 Mk., Elbing 1100, Gumbinnen 100, Insterburg 90, Königsberg 3100, Röslin 400, Memel 300, Ortelsburg 100, Stolp 500, Thorn 40, Tilsit 610 Mk.

Gau Stettin: Greifenhagen 50 Mk., Rostock 1000, Schwerin 500, Stettin 900, Warnemünde 75, Wolgast 100 Mk.

Gau Breslau: Breslau 2000 Mk., Brieg 50, Deutsch-Wissa 100, Erdmannsdorf 100, Frankenstein 40, Freiburg 500, Görlitz 1000, Grünberg 600, Hirschberg 240, Langenöls 600, Liegnitz 700, Waldenburg 400 Mk.

Gau Berlin: Adlershof 300 Mk., Belgig 520, Berlin 39 000, Berlin-Buchholz 70, Bernau 250, Brandenburg 2000, Königswusterhausen 780,90, Lindow 19,50, Lützenwalde 400, Eychen 100, Neuruppin 80, Nowawes 398,20, Potsdam 1400, Rathenow 300, Schönlanke 300, Seefeld 100, Sommerfeld 20, Spremberg 200, Wittenberge 200, Zehlendorf 100, Zossen 135,72 Mk.

Gau Dresden: Altenberg 80 Mk., Colmitz 60, Dippoldiswalde 250, Dresden 40 000, Ebersbach 100, Eppendorf 600, Freiberg 100, Glashütte 270, Großhessdorf 120, Königstein 200, Leisnig 200, Mittweida 400, Mühlberg 800, Neugersdorf 20, Niedersiedlitz 500, Deberan 120, Oberhau 450, Oschag 200, Pirna 900, Rabenau 400, Radeberg 700, Schandau 330, Schmiedeberg 118, Torgau 16,95, Waldheim 300, Zittau 300 Mk.

Gau Leipzig: Chemnitz 4800 Mk., Frankenberg 300, Gera 700, Geoy 15, Glauchau 200, Göbnitz 150, Hainichen 500, Johannegeorgenstadt 800, Leipzig 9000, Plauen 500, Reichenbach 55, Schmöln 1200, Schönheide 600, Treuen 60, Zeitz 600, Zwickau-Werdau 900 Mk.

Gau Erfurt: Arnstadt 75 Mk., Bürgel 500, Corbetha 900, Eisenach 800, Gießhübel 110, Gotha 1000, Ilmenau 40, Reichenbach 100, Mühlhausen 200, Neustadt a. d. Orla 70, Neustadt b. Coburg 700, Saalfeld 180, Schalkau 50, Schmalfeld 35, Weimar 500, Wölflis 50 Mk.

Gau Magdeburg: Aken 10 Mk., Bernburg 300, Braunschweig 1200, Cöthen 100, Dessau 500, Eisleben 1000, Halberstadt 100, Halle 1000, Stendal 150, Zerbst 150 Mk.

Gau Hamburg: Aurich 120 Mk., Blankenese 450, Bremen 2000, Bremerhaven 800, Emden 250, Estrebrügge 100, Geesthacht 360, Hadersleben 80, Hamburg 16 000, Harburg 1300, Lübeck 550, Neumünster 250, Oldenburg 200, Oldesloe 80, Preetz 50, Sondernburg 52, Uetersen 50, Wilhelmshaven 1150, Wilsen 06,24 Mk.

Gau Hannover: Bielefeld 500 Mk., Blomberg 100, Cassel 1300, Hannover 4000, Herford 550, Hildesheim 200, Lage 80, Lehrte 80, Minden 350, Nünden 40, Quakenbrück 450 Mk.

Gau Düsseldorf: Bochum 250 Mk., Dortmund 600, Duisburg 400, Elberfeld 725, Essen 1200, Gelsenkirchen 300, Herkahn 20, Krefeld 200, Wald 50, Witten 100 Mk.

Gau Frankfurt: Darmstadt 1200 Mk., Fulda 9,30, Heisterlauren 300, Kirchheim b. S. 200, Mainz 1000, Mannheim 1000, Weg 100, Michelstadt 100, Montabaur 10, Neustadt a. d. S. 140, Neuwied 100, Saarbrücken 600 Mk.

Gau Nürnberg: Bamberg 100 Mk., Bayreuth 300, Ebermannstadt 50, Dinkelsbühl 42, Erlangen 200, Forchheim 50, Fürth 2100, Gemünden 109,20, Kleintettau 100, Kronach 400, Kulmbach 59, Nürnberg 15 000, Reichelsdorf 120, Schweinfurt 500, Schwabach 100, Schweinfurt 50, Weiskirchen 80 Mk.

Gau München: Augsburg 1000 Mk., Dachau 200, Kaufering 120, Kempten 200, Landsberg a. L. 100, München 3200, Passau 200, Rosenheim 200, Straubing 170, Traunstein 52,70, Wolfratshausen 207 Mk.

Gau Stuttgart: Altensteig 111,50 Mk., Bruchsal 100, Durlach 50, Freiburg 500, Friedrichshafen 400, Göppingen 100, Hall 120, Heilbronn 400, Karlsruhe 470, Kirchheim 750, Marbach 180, Neuenbürg 200, Oberndorf 455, Pforzheim 250, Ravensburg 438,69, Schwemmingen 512, Spaichingen 150, Tuttlingen 50, Ulm 250, Urach 200 Mk.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittungen genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Leipzig. In der dritten Generalversammlung der Zahlstellen, welche am 26. März stattfand und von mehr als 650 Mitgliedern besucht war, kam es nunmehr zur Abschluß der Neuwahlen. Zunächst fand eine lebhafteste Aussprache über die Zusammenfassung der Verwaltungen der Revisoren, des Gauvorstandes und der Kartelldelegierten statt.

Von der Opposition wurden neue Vorschläge begründet, und von den alten Verwaltungsmitgliedern wurden nur drei Kollegen wieder in Vorschlag gebracht. Des weiteren wurde die politische Haltung des Bevollmächtigten und des Kassierers angegriffen und verlangt, daß die Holzarbeiter, wie bisher, sich auf dem Boden der in Leipzig vorherrschenden Parteistellung bewegen und ihre Leitung dieser Richtung anpassen. Es wurde von den Kollegen Lamm, Winkler, Schenkenberger und Herbert voll anerkannt, daß die beiden Funktionäre für die Leipziger Zahlstelle viel geleistet haben, aber damit müsse es auch, wie Herbert sagte, sein Bewenden haben. Heute sei das Vertrauen zu ihnen verlorengegangen, und man könne sie, wenn man sie wiederwähle, nur aus „Ironie“ nochmals in die Tasche stecken. Die Kollegen Gerike und Hartung traten diesen Ausführungen mit dem Hinweis auf die in der Gewerkschaft zu leistenden Arbeit entgegen und warnten, die gegenwärtigen politischen Streitfragen bei den Wahlen in den Vordergrund zu schieben. Kollege Gerike schilderte den inneren Aufbau unserer Organisation und bezeichnete das planmäßige Vorgehen der Opposition für organisatorisch schädlich. Die daran beteiligten Vertrauensleute hätten genügend Gelegenheiten, in den vom Verband veranstalteten Besprechungen anderweitige Vorschläge zu machen, zurückzuweisen sind dabei jedoch immer die einseitigen parteipolitischen Tendenzen. Seit mehr als dreißig Jahren habe er für die Sozialdemokratie gewirkt, und als Zentralist und auf dem Boden der demokratischen Grundgedanken stehend, habe er seine Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei aufrechterhalten. Er wisse auch, daß bei den Bestrebungen, die gegenwärtige Leitung zu beseitigen, ganz andere Kräfte mitwirkten. Scharf wendete er sich gegen die verächtliche Äußerung des Kollegen Herbert; soweit er bei der ganzen Agitation der letzten Zeit in den Betrieben wahrnehmen konnte, ist von einer Erschütterung des Vertrauens der großen Mehrheit der Kollegen zur Leitung keine Rede. Nur eine bestimmte Gruppe trage den Ruf: „Die von oben müssen runter!“ wie ein schleichendes Gift in die Kollegenkreise. Von der Leitung zurückzutreten, wenn dies wirklich die Meinung der Mitglieder sei, würde den meisten Kollegen der Verwaltung nicht allzu schwerfallen, aber nur einer bestimmten Richtung Rechnung zu tragen, läge keine Veranlassung vor. Er verlange deshalb auch von den Mitgliedern eine klare unabweisende Entscheidung. — Mit Mehrheit wurde beschlossen, die Wahlen des ersten Bevollmächtigten und des Kassierers per Akklamation vorzunehmen. Mit überwältigender Mehrheit gegen 100 Stimmen wurden daraufhin die Kollegen Gerike und Ehrlich wiedergewählt. Bei der Wahl des zweiten Bevollmächtigten setzte nochmals eine längere Auseinandersetzung ein. Es wurde dabei behauptet, es seien einem Mitglied der Verwaltung vom Gauvorsteher wegen seiner politischen Haltung Vorwürfe gemacht worden. Auch müsse ein Mann gewählt werden, der dem Kollegen Gerike schärfer entgegenzutreten könne. Kollege Pfeiler wurde daraufhin in Vorschlag gebracht. Die Wahlen wurden durch Stimmsettel vorgenommen und die Vorschläge der Vertrauensleute mit mehr als Dreiviertelmehrheit angenommen. Die alten Verwaltungsmitglieder sind damit sämtlich wiedergewählt worden. — Kollege Gerike gab alsdann einen Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen zwecks Anschlusses des paritätischen an den städtischen Arbeitsnachweis. Es bestehen über die näheren festzulegenden Bestimmungen noch einige Differenzpunkte, die sich aber wohl durch weitere Verhandlungen erledigen werden. Namens der Verwaltung wurde empfohlen, den Anschluß herbeizuführen. Dem Antrage wurde debattelos zugestimmt.

Offenbach a. M. (Gottfried Korned gestorben.)

Am ersten Osterfeiertag ist unser Kollege Gottfried Korned, einer der ältesten Mitglieder unserer Zahlstelle, gestorben. Am 5. Juni 1882 trat er der damals bestehenden Organisation bei und ist ihr treu geblieben bis zu seinem Tode. Nahezu 36 Jahre hat er für die Ausbreitung unserer Organisation gewirkt als einer der eifrigsten. Jahrzehnte hat er der Ortsverwaltung angehört. Im Jahre 1893 nahm er als Vertreter der Zahlstelle an dem in Kassel tagenden Holzarbeiterkongress teil, und er hat eifrig dafür gewirkt, daß dessen für unsere Organisation äußerst bedeutungsvollen Beschlüsse praktisch durchgeführt wurden. Neben seiner Tätigkeit für seine Berufsorganisation betätigte sich Korned in allen Zweigen unserer Arbeiterbewegung aufs eifrigste. Überall, wo es die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiter zu vertreten galt, war er dabei und ging den jüngeren unter uns mit gutem Beispiel voran. Bis in seine letzten Tage war er ein eifriger Besucher aller Veranstaltungen der Organisationen, welchen er angehörte, zu jeder Zeit mit seinem reichen Wissen bereit, die Bewegung zu unterstützen. Ein guter ehrenhafter Charakter ist mit ihm dahingegangen; sein Andenken wird in Ehren gehalten werden.

Aus der Holzindustrie.

Zur Leimversorgung.

Die mangelhafte Versorgung der Holzindustrie mit Leim, welche nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter empfindlich schädigt, hat unsern Vorstand veranlaßt, gemeinsam mit den Vorständen der anderen Holzarbeiterorganisationen eine Eingabe an den Kriegsausschuß für Ersatzfutter zu richten, deren Wortlaut wir in Nr. 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckt haben. Auf diese Eingabe hat der Kriegsausschuß unterm 25. März an unsern Vorstandsvorsitzenden die folgende Antwort gegeben:

Wir bestätigen den Empfang des gest. Schreibens vom 8. d. M., welches am 17. d. M. in unsern Besitz gelangte, und erlauben uns, darauf folgendes zu erwidern:

Mit Rücksicht darauf, daß zu Anfang des Jahres die zur Verteilung an Industrie und Gewerbe verfügbaren Leimbestände außerordentlich niedrig waren und mit einer gesteigerten Erzeugung nicht zu rechnen war, weil die Leimfabriken infolge Kohlenmangels zum großen Teil ihren Betrieb einstellen mußten, waren wir gezwungen, die wenigen zur Verfügung stehenden Leim-

mengen lediglich der Rüstungsindustrie für direkte und indirekte Speeresanträge zuzuführen. Die Bedürfnisse dieser Industrie konnten auch nur teilweise, höchstens mit 50 Prozent, gedeckt werden, so daß die Gefahr einer erheblichen Arbeitsbeschränkung in der Rüstungsindustrie bereits drohte.

Unsere Bemühungen beim Herrn Reichskommissar für die Kohlenversorgung zur reichlicheren und schnelleren Belieferung der Leimfabriken haben bisher zu nennenswerten Erfolgen noch nicht führen können, obwohl es gelungen ist, in letzter Zeit die Belieferung einiger größeren Fabriken durchzusetzen. Es war uns daher unmöglich, die Ansprüche der Möbelindustrie auf Leimzuteilung zu befriedigen, vielmehr mußten wir eine Leimzuteilung für die Möbelindustrie zu unserem Bedauern ablehnen, weil keinerlei Leimmengen dafür verfügbar waren.

Wir hoffen, daß im Laufe des Monats April die Leimerzeugung gesteigert werden kann, zumal genügend Rohstoffe in den verschiedenen Fabriken vorhanden sind, und werden wir alsdann die Bedürfnisse der Möbelindustrie gern berücksichtigen und nach Möglichkeit ausreichende Leimzuteilungen veranlassen. Wir sind durchaus von der Notwendigkeit der Versorgung der Bevölkerung mit Möbeln überzeugt und sind in jeder Weise bereit, die Interessen der deutschen Holzarbeiter zu berücksichtigen.

Daß außerhalb der geregelten Leimversorgung noch große Mengen Leim im Schleichhandel zu Wucherpreisen angeboten werden, ist uns bekannt, doch waren wir bisher nicht in der Lage, diese unserer Bewirtschaftung entzogenen Mengen zu erfassen, und wird uns dies auch nicht möglich sein, wenn nicht die Verbraucher selbst uns hierbei behilflich sind und uns rücksichtslos jedes Schleichhandelsangebot mit Unterlagen zur Verfolgung bekanntgeben.

Wir werden dem Deutschen Holzarbeiter-Verband von der Besserung in der Leimversorgung zurzeit Mitteilung machen.

Hochachtungsvoll

Kriegsausschuß für Ersatzfutter G. m. b. H. gez.: Lühje n.

Es ist ein recht magerer Trost, der hier gegeben wird. Der für die Leimversorgung verantwortliche Kriegsausschuß für Ersatzfutter schiebt die Schuld auf den Reichskommissar für Kohlenversorgung, und der wird vermutlich auch genügend Gründe gehabt haben, die Leimfabriken nicht genügend zu beliefern. Immerhin wissen wir jetzt, daß es genügend Rohstoffe für die Leimerzeugung gibt, und wenn die Fabriken erst wieder genügend Kohle haben, dann werden sie auch mehr Leim liefern. Der Kriegsausschuß hofft im Laufe des Monats April mehr Leim liefern zu können, zu wünschen wäre, daß diese Hoffnung nicht trügt. Eine Besserung ist aber auch dringend notwendig, denn die herrschenden Zustände spotten jeder Beschreibung. Auf regulärem Wege ist es fast unmöglich, Leim aufzutreiben, und die Qualität der gelieferteten Ware läßt in den meisten Fällen alles zu wünschen übrig. Dafür steht der Schleichhandel in hoher Blüte, und es berührt eigenartig, daß der Behördenapparat gegen diese Landplage ohnmächtig ist. Ob der Appell an die Verbraucher größeren Erfolg zeitigen wird, darf zum mindesten bezweifelt werden. Die Leimverbraucher haben sicher kein Interesse an der Förderung des Schleichhandels, durch den sie bewuchert werden. Aber bei dem Versagen der öffentlichen Belieferung kann man es verstehen, daß sie sich nicht beugen, durch Anzeigen die einzige Bezugsquelle zu verstopfen, die ihnen noch offensteht. Trotz aller Zusicherungen fürchten wir, daß es mit der Leimversorgung so bald nicht besser wird.

Ein polnischer Holzarbeiter-Verband.

Die in Warschau erscheinende „Glos Robotniczy“ („Arbeiterstimme“) berichtet über eine am 3. März abgehaltene Versammlung des Vereins der Holzarbeiter in Lodz, in welcher auch Stellung genommen wurde zur Schaffung eines Zentralverbandes der Holzarbeiter für das Königreich Polen. Der Kollege Burtal hielt einen Vortrag über die Zentralisation der Arbeiterbewegung und begründete dabei den Antrag, die Organisationen der Holzarbeiter in Lodz und in Warschau zu einem Verband zu verschmelzen. Dieser Antrag wurde nach lebhafter Diskussion mit großer Mehrheit angenommen. Zugleich wurde der Beitritt zur Zentralkommission der Gewerkschaften in Warschau beschlossen. Die Versammlung sprach sich weiter darüber aus, daß in kürzester Zeit ein Kongress der Holzarbeiter einberufen werde, zu welchem Delegierte aus ganz Polen einzuladen sind.

Gewerkschaftliches.

Ein Reichstarif für die Lederhandschuhindustrie.

Nach längeren Verhandlungen ist zwischen dem Verband deutscher Lederhandschuhfabrikanten und dem Lederarbeiter-Verband, der Organisation der Handschuhmacher, ein Reichstarif abgeschlossen worden, der in einer am 3. März abgehaltenen Branchenkonferenz der Handschuhmacher bestätigt wurde. Damit ist der Tarifvertrag mit dem gleichen Tage in Kraft getreten. Es handelt sich um den erstmaligen Abschluß eines für das ganze Reichsgebiet geltenden Vertrages. Das Handschuhmachergewerbe ist nur in verhältnismäßig wenigen Städten vertreten, das ist für den Abschluß eines Reichstarifs eine Erschwerung. Andererseits fehlte es bisher an einer geschlossenen Organisation der Unternehmer, die erst durch die Folgererscheinungen des Krieges zusammengebracht wurde.

Durch den Tarif wird die wöchentliche Arbeitszeit auf höchstens 48 Stunden festgesetzt. Die Heimarbeit ist mit Ausnahme der Näherer, verboten, ebenso die Mitnahme von Arbeit nach Hause. Im Hinblick darauf, daß die Heimarbeit im Beruf stark vorherrscht, nimmt der Tarifvorsitz eine große Raum ein. Es ist ein Grundtarif mit Zulagen in drei Klassen eingeteilt. Der Mindestlohn für Sechsmannarbeiter beträgt 60 Pf. Zu den am Jahres-

Klassen 5, 10 und 15 W. und für Berlin 20 W. die Stunde beträgt. Der Tarifvertrag regelt weiter die Lehrlingsfrage...

Der Verband der Buch- und Stein drucker- Hilfsarbeiter beruft einen außerordentlichen Verbandstag auf den 16. Juni nach Berlin.

Der Gemeindeförder-Verband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 um 30 Prozent gesteigert. Er hatte zu Beginn des Jahres 25 390, am Jahreschluss 32 964 Mitglieder.

Der Verband der Sattler und Portefeulicer hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 beträchtlich gesteigert; sie stieg von 9804 zu Beginn auf 15 306 am Schluss des Jahres.

Literarisches.

Kriegsbuch für die Jugend und das Volk. Band 10. Enthaltend die Chronik des Weltkrieges vom 11. Februar bis 15. Juni 1917...

Aus der russischen Gefangenschaft zurück!

Im Juli 1916 war es, als unser Kollege Hugo Langhammer, Angehöriger der Berliner Zählstelle, bei einem Gefecht in russische Gefangenschaft geriet.

„Liebe Kollegen! Am 24. März bin ich mit einem Gefangenentransport von 470 Mann von Petersburg abgereist und am 25. März, nachmittags 4 Uhr, bei Pflots durch die deutsche Front gefahren.“

habe? Das Maß der Leiden, ist es nicht schon voll genug? Wir haben in Rußland ein wichtiges Stück Weltgeschichte miterlebt...

Wo ich mit Deutschen und Oesterreichern bei Unternehmern gearbeitet habe, sind gewerkschaftliche Grundsätze zur Verbesserung unserer Lage angewendet worden...

Seit dem 31. Januar waren wir in Petersburg, und haben wir, wie der größte Teil der Bevölkerung, nur von Pferdefleisch und Dörrgemüse gelebt. Brot gab es nur 50 bis 150 Gramm täglich.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Im März sandten Ueberschüsse ein: Bergedorf, Berlin C, Nürnberg, Hannover je 200 Mk., Hamburg I 100 Mk. Summa 900 Mk.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

Ueberschuss sandten ein: Berlin B 600, Berlin H, Plagwitz, Mannheim, Wülheim (Ruhr) je 500, Steglitz 450, Berlin A, Breslau, Biersen je 400, Redaran, Rabenan, Würzburg II je 300...

Table with financial data: Summe der Ueberschüsse 8750, Beiträge von Einzelmitgliedern 1907,55, Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern 7,30, Zinsen von Kapitalien 33245,20, Sonstige Einnahmen 1476,60, Gesamteinnahme 45386,65 Mk.

Ausgabe im März.

Zuschuß erhielten: Berlin E, München I je 1000, Grönweltersbad 900, Stuttgart 600, Bonn, Freiburg i. B., Selterhausen, Offenbach I, Wiesbaden je 400...

Table with financial data: Gesamteinnahme 45386,65 Mk., Gesamtausgabe 32747,10, Zunahme des Vermögens 12639,55 Mk.

Invalidenfonds.

Für denselben gingen ein in der Zeit vom 16. August 1917 bis zum 1. April 1918: Mübach 10, Altenstadt 18,05, Beierthelm 3, Berlin A 130, Berlin B 125,90, Berlin C 90...

Ausgezahlt wurden im gleichen Zeitraum: In 10 Fällen je 10 Mk., in 56 Fällen je 15 Mk., in 28 Fällen je 20 Mk., in 59 Fällen je 25 Mk., in 1 Falle 30 Mk., in 2 Fällen je 7,15 Mk. Porto 3,67 Mk. Summa 3042,97 Mk.

Geftorbene Mitglieder. Christian Jangert, 36 Jahre, gest. in Nürnberg. Margarete Hartlamer, 28 Jahre, gest. in Nürnberg. Andreas Bauer, 61 J., gest. in Nürnberg. Margarete Helfenberger, 31 Jahre, gest. in Nürnberg. Geb. Antwertinger, Schreiner, 29 Jahre, gest. in München. Anton Dent, Schreiner, 55 Jahre, gest. in München. Lorenz Gailer, Schreiner, 50 Jahre, gest. in München. Peter Leinfelder, Partettler, 63 J., gest. in München. Georg Ortlieb, Bürstenmacher, 45 J., gest. in München. Michael Hammelmaier, Schreiner, 55 Jahre, gest. in München. Karl Wagner, Schreiner, 31 Jahre, gest. in München. Johann Zettler, Schreiner, 63 Jahre, gest. in München. Theres Jach, Hilfsarbeiterin, 46 Jahre, gest. in München. Michael Kraus, Schreiner, 44 Jahre, gest. in Erlangen. Adam Pfeiffer, Maschinenarbeiter, gest. in Heilbronn. Wilh. Bahr, Tischler, 25 Jahre, gest. in Kiel. Anton Winterstein, 60 Jahre, gest. in Hamburg. Joh. Keller, 40 Jahre, gest. in Bamberg. Peter Kuschel, Drechsler, 51 Jahre, gest. in Schmiedberg (Arenzgebirge). Walter Jengsch, Kammerer, gest. in Hamburg. Gottlieb Korneid, Schreiner, 57 J., gest. in Tübingen. Ehre ihrem Andenken.

Schneidemüller für Bollgatter zu baldigen Antritt gesucht. C. B. Friede Sohn, Holzindustrie, Nienburg a. d. Wefer (Hannover). Borarbeiter für Maschinenaal, mögl. aus der Möbelbranche, sucht C. B. Friede Sohn, Holzindustrie, Nienburg a. d. Wefer (Hannover). Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen (auch Kriegsverletzte) werden gesucht. A. Heinrich Thomas, Dampfzägewerk und Holzwarenfabrik, Salza bei Nordhausen. Tüchtiger Holzdrechsler und Maschinenarbeiter sofort gesucht. Möbelabrik Gustav Bühler, Speichingen (Württemberg). Raspler, Schleifer, Polierer für Holzschirmdöde verlangt Bernhard Noa, Berlin, Michalkirchstraße 20. Tüchtigen Beizer für Durchbeizerei sucht Stodfabrik C. & A. Redlich, Berlin SW., Ritterstraße 75. 5-6 Korbmacher auf Glasfenster- und auf Erüngen sofort gesucht. D. Meyer, Kirchwärd bei Hamburg, Nord Nr. 152. Korbmachergehilfe auf grüne Arbeit für sofort gesucht. C. Haszgrat, Korbmachermeister, Leterow (Mecklenburg-Schwerin). Drei tüchtige Korbmacher auf Grün, Geilslagen und Mattarbeit sofort gesucht. Fritz Kemmerath, Osterburg (Altmark). Bürstenmacher, Jurist, Cürstler sofort gesucht. Emil Schöner & Co., Sjunum (Nordsee), Hafenstraße.

Kleine Holzarbeiten! Zu vergeben ist die Herstellung mehrerer Millionen kleiner Holzklöbchen in Linde, Ahorn, Weiß- od. Rothbuche. Zeichnungen für die Muster, die auf den halben Millimeter stimmen müssen, werden geliefert. Große laufende Aufträge können in Aussicht gestellt werden. Anfragen erbeten an J. Ad. Richter & Cie., Berlin SW. 69, Ritterstr. 77-78. Ebenholz- und Kofusholz-abfälle zu kaufen gesucht. Hugo Köller, Stahlwarenfabrik, Solingen.

Eingerichtete Möbelfabrik sofort zu kaufen oder zu pachten gesucht! Ausführliche Offerten erbeten an Cremonawerke, Berlin W 35, Lützowstrasse 102-104. TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Bekümmert von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kolbher.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Wochenbericht vom Sonnabend, 30. März, bis Freitag, 5. April 1918. A - Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen, B - Offene Arbeitsstellen, C - Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche. Table with columns for Ort, Bantischler, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt.